



NIEDERSCHRIFT

über die gem. Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration
am 14. Februar 2012

Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

<u>Vorsitz :</u> Der Vorsitzende	Nickel und Spallek
Anwesende Ausschussmitglieder:	siehe Anlage 1
Ferner anwesend:	siehe Anlage 2
Tagesordnung:	siehe Anlage 3
Veröffentlichung:	siehe Anlage 4
Beginn (öffentlicher Teil): 18:30 Uhr	Ende: 20:40 Uhr

öffentliche Sitzung

Zusammengefasste Ergebnisse:

Position Prof. Dr. Westle

Klassischer Bürgerentscheid - Entscheidungsfrage, die hier aber nicht gegeben ist.

im Gegensatz dazu Umfrage (ganz generell)

1. Rechtlich nicht verbindlich
2. Gute Möglichkeit, um Motive zu ermitteln
3. Unterschiedlich erreichbare Population. Bei repräsentativer Umfrage erreicht man breites Spektrum interessierte und weniger interessierte Bürger.

Man kann den Bürgern 2 oder mehr Alternativen präsentieren. Man rechnet mindestens mit 2 Wochen Vorlaufzeit. Infos sollten auch gemischt sein - knappe Schlagzeilen, zusätzlich aber auch intensivere Möglichkeiten.

Wichtig ist nicht nur die Anzahl der Fragen, sondern auch die Art. Knappe Fragen, die mit JA oder NEIN zu beantworten sind, bringen in der Regel nicht weiter. Die Fragen sollten immer an der Realität orientieren.

Seite 2 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 14. Februar 2012

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Ein großer Vorteil der Umfrage ist, dass man nach Gründen für einen Standpunkt, nach eigenen Ideen, nach Hoffnungen, Ängsten, Motiven fragen kann. Die Bürger fühlen sich durch solche Fragestellungen ernst genommen.

Die Fragestellung zur RMH ist nicht so komplex, dass man sie nicht in einer Umfrage vermitteln könnte; das Wichtigste muss übergebracht werden. Man sollte aber z. B. vermeiden, nach einer Nulllösung zu fragen, wenn diese politisch überhaupt nicht zur Debatte steht.

Die Gewichtung der Ergebnisse ist das Schwierigste und Aufgabe der Politik (z. B.: Ist jeder Bürger gleich zu behandeln oder sollen die, die sich stärker engagieren auch stärker abgebildet werden?). Eine mathematische Gewichtung bringt einen Ergebnisangleich an die Bevölkerungsstruktur. Man kann sich z. B. fragen, warum Bürger über 60 Jahre so häufig oder nicht so häufig antworten - sind sie mehr oder weniger interessiert? Setzen sie andere Schwerpunkte.

Die Telefonumfrage ist ein probates Mittel, wobei es ein Problem sein kann, dass nicht mehr alle Bürger über einen Festnetzanschluss verfügen, aber dieses Problem ist handlebar.

Eine Vollerhebung dürfte in der Regel „schräger“ liegen als eine repräsentative Umfrage, weil

- man niemand zur Teilnahme zwingen kann,
- sollte man es aber versuchen, nicht mit ehrlichen Antworten zu rechnen ist,
- weil man durch die hohe Anzahl von notwendigen Interviewern auf Personal zurückgreifen müsste, dass nicht ausgebildet ist und sich dadurch Fehlleistungen einschleichen.

Von einer Vollerhebung ist man weitgehend abgekommen.

Auch eine Postkartenaktion ist möglich, aber nicht zielführend. Man ist mit so einer Aktion sehr dicht an einer Bürgerbefragung, es gibt meistens keinen besonders hohen Rücklauf, man kann nicht nachvollziehen, wer aus welchem Stadtteil mit welchem persönlichen Hintergrund hat abgestimmt.

Bei politischen Umfragen gerade im kommunalen Bereich ist das Interesse der Befragten recht hoch. Man kann z. B. über die Presse informieren, dass in den nächsten Tagen eine Umfrage durchgeführt wird.

Man kann auch regionale Fernsehsender einschalten, Handzettel/Flyer sind möglich.

Was für die genaue Umfrage legitim ist, entscheidet die Projektgruppe.

Position Herr Schöppner

Die repräsentative Umfrage bringt als Telefonumfrage gute Ergebnisse und ist einer Online-Umfrage vorzuziehen, denn hier können nicht alle Bürger teilnehmen.

Im Gegensatz dazu steht die aktive Bürgerbeteiligung = Meinungssammlung, die sich eher an interessierte Bürger wendet.

Themenkataloge/Fragebögen müssen in jedem Fall erarbeitet werden. Dabei sollte der Input aber nicht zu komplex sein.

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 14. Februar 2012

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Man wird kein Regelwerk umfassend darstellen können. Infos über das Internet sind zusätzlich grundsätzlich möglich. Es sollten aber auch lokale Medien genutzt und zusätzliche Infos z. B. im Rathaus durch eine Ausstellung gegeben werden.

Eine repräsentative Umfrage schafft Transparenz, macht Motive deutlich, beschreibt Ängste, Vor- und Nachteile.

Ein Fragebogen kann auch offene Fragen enthalten. Die Antworten sind dann aber evtl. nicht repräsentativ. Durch den unterschiedlichen Bildungsstand der Antwortenden gibt es auch unterschiedlich strukturierte Antworten.

Man kann auch die Bürger global auffordern, ihre Meinung zu einem Projekt bekannt zu geben. Dann hat man aber keine Repräsentanz. Man signalisiert dadurch, dass die Meinung der Bürger wichtig ist, hat aber nur eine Meinungssammlung.

Auf die Frage, wie die Bürger an die Informationen kommen, die ihnen ermöglichen, bei einer Umfrage fundiert teilnehmen zu können, wird darauf verwiesen, dass man auch bei keiner Wahl versucht sicherzustellen, dass alle Bürger über alle Wahlprogramme der antretenden Parteien bestens informiert ist. Man muss Infomöglichkeiten anbieten - die Information selber obliegt jedem Einzelnen.

Je emotionaler ein Thema diskutiert wird, desto größer ist die Diskrepanz zur Repräsentanz. Die Demoskopie ist ein Hilfeleister, aber auch ein gefährliches Instrument, wenn z. B. Headlines produziert werden.

An 1. Stelle sollte immer die umfassende Informationssammlung stehen.

Es muss auch vorher geklärt werden, welche Bewertungsskala Anwendung finden soll (Vierer- oder Fünfer-Skala). Wenn man die Mittelkategorie weglässt, verschiebt sich die Bewertung.

Die Bewertung der Fragebogen sollte durch Experten erfolgen.

Wichtig ist auch die Replizierbarkeit - ein Anderer sollte die Befragung mit gleichen Vorzeichen wiederholen können - alles muss transparent sein.

Man muss sich darüber klar sein, dass es keine wirklich repräsentative Umfrage gibt (Umfrage von 100 %).

Nicht Jeder, dessen Meinung wir gerne wüssten, antwortet.

Auch die Anzahl der Befragten ist relativ unerheblich, wenn eine Mindestzahl eingehalten wird. Man geht daher von mindestens 1000 Interviews aus. Das Telefon ist dafür das geeignetste Medium, da jeder über einen Anschluss verfügt. Man rechnet einen dreifachen Call-Back ein, bei dem 70 % der zu Befragenden erreicht. Die verbleibenden 30 % unterscheiden sich nicht wesentlich von der 70%-Gruppe.

Von einer Vollerhebung ist man aber trotzdem abgekommen, weil diese (zu den von Prof. Westle dargestellten Nachteilen) eine sehr lange Befragungszeit mit sich bringen würde.

Eine Postkartenaktion ist völlig unkontrollierbar. Man kann überhaupt nicht nachvollziehen, wer die Frage überhaupt beantwortet hat.

Der Zufall spielt bei repräsentativen Umfragen eine große Rolle, was aber als positiv empfunden wird. Bei politischen Umfragen ist das Interesse recht groß - sie werden gut beantwortet.

**Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 14. Februar 2012**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Die Gewichtung ist ein legitimes Verfahren. Die empirisch gefundene Ist-Struktur weicht von der Soll-Struktur ab. Wenn man keine Soll-Struktur hat, kann man nichts gewichten. Eine unterschiedliche Gewichtung z. B. nach Wohnnähe zur Rhein-Main-Halle ist nicht empfehlenswert.

Die Demoskopie versucht eine Annäherung - sie soll aber die Entscheidung nicht vorwegnehmen. Man nähert sich so gut es geht an.

Die Transparenz der Umfrage und auch die Offenlegung der Ergebnisse ist absolut wichtig.

Position Prof. Dr. Ziekow

Ein Bürgerbegehren ist von Seiten der Bürger zu initiieren, die Stadtverordnetenversammlung kann dies nicht „einleiten“.

Eine Volksbefragung ist kein rechtlich neutrales Instrument. Bei einer wahlähnlichen Volksbefragung muss der Anschein vermieden werden, dass es um einen Bürgerentscheid handelt.

Eine solche Volksbefragung sollte eingebettet sein in einen Instrumentenmix, denn dieser bietet eine breitere Grundlage (z. B. auch Bürgerwerkstatt = Einbringung von Expertensachverstand).

Die Politik und die Verwaltung sind gefordert, den Bürgern Angebote zur Information zu machen z. B. über das Internet, das aber nicht das einzige Mittel zur Information sein sollte.

Eine Ausstellung im Rathaus hilft gar nicht.

Wichtig ist eine Kombination von Möglichkeiten, wobei ein Expertenhearing, bei dem gezielt Fragen gestellt werden können, ein wichtiges Mittel ist.

Man sollte keine Scheinveranstaltung machen.

Man sollte auch vermeiden, rechtswidrige / rechtlich nicht zulässige Alternativen zur Auswahl zu stellen.

Eine repräsentative Umfrage hält auch er für das Mittel der Wahl - keine Vollerhebung. Außerdem muss man vermeiden, an eine wahlähnliche Situation heran zu kommen.

Der Bürger sollte das Gefühl haben, dass er nicht nur seine Stimme abgeben, sondern auch seine Position einbringen kann.

Die Instrumente müssen sauber dokumentiert werden, dann ist dem Anliegen Genüge getan.

Man sollte sich aber auf das Machbare beschränken und auch bei der Auswahl von Experten sorgfältig sein.

Es käme bei den Rhein-Main-Hallen sicher nicht so gut an, wenn der Geschäftsführer der Rhein-Main-Hallen-GmbH als Experte geladen würde.

2 Monate Zeitfenster müssten ausreichen.

Schriftführer

Koba